

Liebe Mitglieder und Freunde von DeSaFor,

„Es war ein hartes Jahr für Präsident Cyril Ramaphosa. Die ersten Teile des Berichts der Zondo-Kommission landeten in der ersten Januarwoche auf seinem Schreibtisch, er musste einige heikle Fragen zu seiner Möbelausstattung beantworten; er hat sich durch King Charles' Grüße an die Regenbogennation gekichert und er hat gerade eine heiß umkämpfte Wahl um die Präsidentschaft des ANC gewonnen. Außerdem wäre er noch vor wenigen Tagen beinahe als Präsident zurückgetreten. Eine Achterbahnfahrt, wie es sie so noch nie gab.

Aber so ist es nun einmal, wenn man Südafrikaner ist, nicht wahr? Eine Achterbahnfahrt. Man schnallt sich an und wartet darauf, welche Wendungen und Erschütterungen der politischen Landschaft auf einen zukommen. Man kann nicht einfach aussteigen, aber zumindest kann man in den besonders erschütternden Momenten die Augen schließen und die Turbulenzen aussitzen.“

So kommentiert der *Daily Maverick* am 20. Dezember 2022 die Lage Südafrikas nach dem Nationalkongress des ANC zum Ende eines turbulenten Jahres, und so treffend diese Beobachtung wohl ist, sie liest sich ein wenig wie eine Kapitulation vor einem vermeintlichen Schicksal. Und in der Tat: Wer in diesen Tagen mit Freunden und Bekannten in Südafrika spricht, hört mehr denn je laute, manchmal schon fast verzweifelte Klagen über die immer häufigeren und immer längeren Stromabschaltungen. Die Verkehrsinfrastruktur und ebenso viele andere Einrichtungen der für die Menschen und die Wirtschaft notwendigen Infrastruktur sind marode oder nicht mehr brauchbar.

Zwar hat Präsident Cyril Ramaphosa die politischen Unwetter des vergangenen Jahres überstanden und damit seine Chancen auf eine zweite fünfjährige Amtszeit gewahrt. Auch ist es ihm gelungen, in der Führungsspitze des ANC an wesentlichen Positionen seine Wunschkandidat*innen zu platzieren – mit Ausnahme des *Vizepräsidenten Paul Mashatile*, von dem erwartet werden kann, dass er als ehrgeiziger „Nachfolgekandidat“ dem amtierenden Präsidenten „*hard times*“ bereiten wird. Aber es wird nun ganz wesentlich darauf ankommen, ob es ihm gelingt, sich von den vermeintlichen Zwängen einer Ausgewogenheit zwischen den politischen Flügeln im ANC zu befreien und seine Bemühungen zur Erneuerung des ANC erfolgreich voran zu treiben. Gelingt ihm dies vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 2024, könnte der ANC bei seinen traditionellen Wähler*innen wieder Fuß fassen und das Risiko eines dramatischen Rückgangs ihrer Zustimmung zur „*People's Party*“ verringern. Allerdings dürfte ein erneuter Gewinn der absoluten Mehrheit im Parlament ein kaum realistischer Wunsch sein. Umso wichtiger ist, dass Ramaphosa den ANC koalitionsfähig macht.

Für unseren Verein bedeutet das Jahresende insofern einen Einschnitt als unser Geschäftsführer Klaus Brückner mit dieser 30. Ausgabe des Newsletters zum letzten Mal seine bei Gründung von DeSaFor „zunächst und vorübergehend“ übernommene Aufgabe als Redakteur zum letzten Mal wahrgenommen hat. Der Vorstand dankt Klaus Brückner sehr herzlich dafür, unserem Newsletter die Qualität gegeben zu haben, die bei unseren Leserinnen und Lesern eine gute Resonanz und wachsendes Interesse gefunden hat. Wir freuen uns, dass wir bei der Weiterführung des Newsletters unter neuer Redaktion ab dem Frühjahr 2023 weiterhin auf inhaltliche Beiträge unseres Geschäftsführers zählen dürfen.

Ihnen allen wünscht der Vorstand ein besinnliches Fest und alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit und Erfolg in allem, was Sie sich für 2023 vorgenommen haben. Bleiben Sie uns gewogen und seien sie herzlich begrüßt.

Ihr Hans-Werner Bussmann



In dieser Ausgabe:

Tage der Entscheidung über Südafrikas Zukunft – ANC Nationalkongress

Südafrikas komplexe Herausforderungen

Kampf gegen Korruption und State Capture – ein Sachstand

Phala Phala – die Büffel, der Präsident und Südafrika

Just Energy Transition - und ein Elefant im Raum

Südafrika im Fokus der deutschen Wirtschaft – Minister Habeck in Südafrika

Im Gespräch:

- ***Ruth Weiss***
- ***Sabine Dall'Omo***
- ***Dr. Georg Kippels MdB***

Zurück in Südafrika - Eindrücke von einer Reise

Deutsch-Südafrikanisches Forum e.V.

www.desafor.de

Kontakt:

info@desafor.de

Adresse:

DeSaFor
c/o K. Brückner
Ringstraße 101b
12203 Berlin

Tage der Entscheidung über Südafrikas Weg in die Zukunft

Für *Cyril Ramaphosa* dürften die letzten 10 Tage – gelinde ausgedrückt – wohl zu den schwierigeren in seinem wechselvollen Leben zählen. Nachdem er am 13. Dezember 2022 im Parlament mit einer Mehrheit der ANC-Fraktion und einer entsprechenden Fraktionsregie den Antrag auf ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn abwehren konnte (s. Artikel S. 6, 7), musste er sich nun auf dem 55. Nationalkongress des ANC zur Wiederwahl stellen, um seine Chancen auf eine zweite Amtszeit als Staatspräsident und Regierungschef bei den Wahlen im Frühjahr 2024 zu wahren.

Beim 55. Nationalkongress des ANC vom 16. – 20. Dezember 2022 in Johannesburg stand durchaus zu befürchten, dass der lange schwelende Richtungsstreit innerhalb des ANC offen ausbrechen und die unterschiedlichen Machtansprüche regionaler Parteigliederungen sich als Zerreißprobe für die ohnehin politisch tief gesplattene 110 Jahre alte „People’s Party“ erweisen würden. Die Parteitage regie musste befürchten, dass der ANC angesichts der ohnehin schwindenden Zustimmung seiner traditionellen Wähler ein verheerendes Bild von unversöhnlichem Streit und zerstörerischer Selbstbeschäftigung abgibt. Und *Cyril Ramaphosa* hatte wohl Grund zur Sorge, dass er für seine Anstrengungen zur Erneuerung der Partei und ihrer Befreiung von Verkrustungen und Verflechtungen abgestraft werden könne.

Drei Tage – und wohl auch Teile der Nächte – brauchte der Parteitag, um die Nominierungen für die erweiterte Parteispitze – die „Top 7“ aufzulisten, um dann in langen, quälenden Verhandlungen hinter verschlossenen Türen zu versuchen, die Mehrheiten für die Wunschkandidaten des jeweiligen Lagers zu organisieren. Letztlich blieben zwei Spitzenkandidaten und ihre Lager – das des amtierenden Präsidenten *Cyril Ramaphosa* und das seines Herausforderers *Zweli Mkhize*, der sich als Gesund-

heitsminister in der Corona-Pandemie zwar verdient gemacht, aber 2021 wegen Korruption bei Ausschreibungen zurücktreten musste. Seither hatte er sich mit Unterstützung des linken Flügels des ANC auf die Kandidatur für die ANC-Präsidentschaft vorbereitet.

Noch einmal gut gegangen....



Am Ende war es ein Triumph für den Präsidenten: Mit einer unerwartet deutlichen Mehrheit von 56,6 % (2.476

Stimmen der rd. 4.400 Delegierten) setzte er sich gegen *Zweli Mkhize* (1.897 Stimmen) durch.

Bei den Wahlen für die sechs weiteren Positionen war das Ramaphosa-Lager nur bzw. sehr knapp erfolgreich. Die wichtigste Schlappe ist wohl, dass er seinen Wunschkandidaten *Oscar Mabuyane* als Vizepräsidenten nicht durchsetzen konnte. Mit 1850 Stimmen verlor er recht deutlich gegen *Paul Mashatile* (2.178). Bis zuletzt hatte Ramaphosa dieses Ergebnis zu verhindern versucht. Nicht ohne Grund: Die Wahl des Parteivizes ist ein wichtiger Indikator für eine mögliche Nachfolgeentscheidung, wenn der Präsident nach zwei Amtszeiten nicht mehr kandidieren darf. *Paul Mashatile* hat den Präsidenten seiner Unterstützung versichert – er wird sich aber bei einem Einzug in die *Union Buildings* als starker und ehrgeiziger Vizepräsident positionieren.

Der Favorit Ramaphosas auf der Position der „National Chairperson“ des ANC, sein Vertrauter und geschickter Mediator zwischen den Flügeln, *Gwede Mantashe*, setzte sich nur äußerst knapp mit 2062 Stimmen gegen den Wettbewerber *Stanley Mathabatha* (2018) durch, der als Premier von Limpopo noch am Sonntag überraschend das Lager gewechselt und Herausforderer *Mkhize* die Unterstützung der Delegierten seiner Provinz in Aussicht gestellt hatte.

Auch Generalsekretär *Fikile Mbalula* gewann als Mitglied des „Teams Ramaphosa“ nur mit einem recht knappen Stimmenvorsprung von 102 Stimmen gegen den ehemaligen Premier des Eastern Cape, *Phumalo Masualle*.

Die späte und von Ramaphosa unterstützte Kandidatur von *Tina Joemat-Peterson* für das Amt der 1. Stellvertretenden Generalsekretärin scheiterte dagegen sehr knapp mit 50 Stimmen weniger als ihre Konkurrentin *Nomvula Mokonyane*. Die in den Kabinetten Zuma und Ramaphosa für Wasser und Abwasser zuständige Ministerin ist nicht unumstritten und kann zudem auf ein eigenes Kapitel im Zondo-Bericht verweisen.

Die beiden Ramaphosa-Kandidatinnen für die (neu geschaffene) Funktion der 2. Stellvertretenden Generalsekretärin, *Maropene Ramokgopa*, sowie für das Amt der Schatzmeisterin, *Gwen Ramokgopa*, setzten sich bei den Wahlen sicher durch. Der Parteitag feierte die Gewinner in einer für Beobachter deutscher Parteitage sehr ungewöhnlichen Weise ([hier](#))



Der gerade 70 Jahre alt gewordene *Cyril Ramaphosa* hat es – wieder einmal geschafft. Man muss ihm wünschen, dass es ihm in seiner zweiten Amtszeit und gestärkt durch die Wahl gelingt, die Erneuerung der Partei mutiger voran zu treiben, auch um Raum für die Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen zu schaffen, denen sich das Land gegenüber sieht und die aller Anstrengung der Partei und einer guten, effizient und effektiv arbeitenden Regierung bedürfen (s. Artikel S. 3).

Klaus Brückner

Südafrikas komplexe Herausforderungen

Angesichts der nach dem Nationalkongress des ANC und dem klaren Sieg des amtierenden Präsidenten gegen seinen Herausforderer *Zweli Mkhize*, erscheint es sinnvoll, die wichtigsten, wenn auch durchaus bekannten Herausforderungen des Landes zu betrachten. Der ANC dürfte nach den Wahlen im Frühjahr 2024 auf Koalitionspartner angewiesen sein. Es ist daher von besonderem Interesse, in den nächsten Monaten zu beobachten, wie der ANC und die Oppositionsparteien mit den vielfältigen Defiziten im Land umgehen, welche Zukunftskonzepte sie entwickeln werden und ob sie – auch personell - in der Lage sein werden, diese umzusetzen.

Diese Skizzierung eines Gesamtbildes mit fünf Kapiteln kann an dieser Stelle nur „mit breitem Pinsel“ und eher stichwortartig erfolgen. DeSaFor wird sich in der nächsten Zeit sowohl im Newsletter, aber auch mit unserem Format „*Let's talk...*“ und in Veranstaltungen mit interessanten Gästen diesen Themen in der erforderlichen wünschenswerten Breite und Tiefe widmen.

1. Wirtschaft

a) Nahezu alle **staatseigenen systemrelevanten Betriebe** sind infolge unternehmerischer Fehlentscheidungen, überbordender Korruption und Fehlbesetzungen im Management (auch durch den als „*cadre deployment*“ umschriebenen Nepotismus zugunsten ungeeigneter Parteimitglieder) völlig heruntergewirtschaftet worden. Sie werden nur mit enorm hohen staatlichen Subventionen erhalten, erbringen aber dennoch kaum die von ihnen zu erwartenden Leistungen (dauernde weiträumige Stromabschaltungen, marode Infrastruktur, dramatische Kapazitätseinbrüche bei Eisenbahn und Häfen). Darunter leiden Industrie und Landwirtschaft sowohl auf dem inländischen Markt als auch bei den Exporten. Hinzu kommen die ineffektive und teilweise korrupte Bürokratie und ein

wachsender Mangel an Fachkräften, auch weil viele junge qualifizierter Südafrikaner/innen ihr Glück im Ausland suchen.

b) Die Wirtschaft verzeichnet in vielen Branchen entsprechend – preisbereinigt – erhebliche Umsatzrückgänge und insgesamt **ein deutlich zu geringes Wachstum** von geschätzt unter 2 % für 2022 (2021 = 4,9 %) und dies trotz der höheren Rohstoffeinnahmen z.B. aus den massiv gestiegenen Kohleexporten (+ 580 %) nach Europa.

c) Die **Arbeitslosigkeit** nimmt infolgedessen weiter zu (offiziell nahe 40%, bei Jugendlichen ca. 60 %), was die Gefahr sozialer Spannungen weiter erhöht, zumal der informelle Sektor gleichermaßen von der Gesamtsituation betroffen ist. Für Zuwächse an Arbeitsplätzen sind mindestens 5 % Wachstum erforderlich, ein Ziel, das erst für 2024 erreicht werden dürfte.

d) Ebenso sind nur noch **marginale ausländische Direktinvestitionen** festzustellen; eine positive Ausnahme bilden die deutsche KFZ-Industrie und ihre Zulieferer.

e) Auch die Schaffung eines **staatlichen Gesundheitssystems**, in das alle Südafrikaner einbezogen werden sollen, kommt nicht voran, weil die Steuermittel hierfür fehlen.

2. Gesellschaft

a) Die **sozialen Spannungen** nehmen vor allem in den Townships am Rande der Metropolen zu, da die individuellen bzw. kollektiven sozialen und infrastrukturellen Leistungen des Staates die Verluste der Arbeitsplätze und der Erwerbsmöglichkeiten im informellen Sektor nicht ausgleichen können. Die sozialen Transfermaßnahmen wie Renten, Kindergelder und COVID-Hilfen können das nur völlig unzureichend kompensieren. Die Polizei scheint immer weniger in der Lage oder gewillt zu sein, gegen zunehmende Spannungen und Gewalt vorzugehen.

b) trotz ausreichender finanzieller Mittel verschlechtert sich die **Lage an den öffentlichen Schulen** (Ausnahmen bestätigen die Regel) immer mehr; viele Schulabgänger verfügen nicht mehr über die notwendigen Kenntnisse und Fähigkeiten; eine zunehmende Politisierung an den Hochschulen wirkt sich negativ auf deren bisher durchaus guten Ruf aus; der „*brain-drain*“ wird weiter zunehmen.

3. Politik

a) Die **Handlungsfähigkeit des Staates** ist wegen der enorm hohen Staatsverschuldung, der Kosten für den aufgeblähten, nicht hinreichend qualifizierten Staatsdienst und verfehlter Ressourcenallokationen - größtenteils Spätfolgen der Zuma-Jahre und der Selbstbedienungsmentalität von Politikern auf allen Führungsebenen - in Teilen bis zur Handlungsunfähigkeit eingeschränkt.

b) Die **Handlungsspielräume** für die notwendige Rehabilitierung der Infrastruktur, vor allem aber wachstumsfördernde Maßnahmen sowie die erforderliche Verstärkung der Basis-Dienstleistungen für die Bevölkerung („*service delivery*“) sind angesichts der Subventionierung der Staatsbetriebe und des Schuldendienstes zu gering.

c) Die **Umsetzung des Berichts der Zondo-Kommission** durch Anklagen von Verantwortlichen und die Rückholung illegal erworbenen Vermögens sowie die Korruptionsbekämpfung kommen wegen unzureichender personeller und finanzieller Ausstattung der zuständigen Behörden nur langsam voran.

d) Es wurden Rechtsgrundlagen für die **entschädigungslose Enteignung in der Landwirtschaft** geschaffen, deren Umsetzung negative Signale an Investoren senden würde, andererseits wurde das Potenzial an alternativen Maßnahmen wie die Bereitstellung von Flächen aus öffentlicher Hand noch nicht ausgeschöpft.

e) De facto ist das **südafrikanische Parlament** immer noch weitgehend ein „*rubber stamp parliament*“ ohne eigene Gestaltungskraft. Jedoch nimmt die Diskussion vor allem in der Zivilgesellschaft über eine Wahlrechtsreform zu, wonach zumindest ein Teil der Abgeordneten direkt gewählt werden soll.

4. Außenbeziehungen

a) Die spürbare Entfremdung von den westlichen Partnern (nicht nur im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg und seinen Folgen) geht mit einer deutlich sichtbaren Annäherung an Russland und an China einher, was im Wesentlichen auf weit zurückreichende persönliche Bindungen vieler ANC-Veteranen zurückzuführen sein dürfte.

b) Angesichts des großen Abstands zu den anderen BRICS-Staaten beim BIP, im Außenhandel usw. dürfte diese Zusammenarbeit keine nennenswerten wirtschaftlichen oder sicherheitspolitischen Vorteile für Südafrika bieten

c) Hingegen scheint - nicht nur in Südafrika, vgl. z.B. Indien – die Vorstellung, eine gewisse Äquidistanz zu den Großmächten und insbesondere „zum Westen“ wahren und zugleich gewisse Sympathien mit Russland und China in den internationalen Beziehungen zeigen zu können, zunehmend Raum zu greifen. Eine klare Strategie dahinter oder gar die Bildung neuer Allianzen, etwa nach dem Vorbild der „*Blockfreien-Bewegung*“, ist aber noch nicht zu erkennen.

d) In Sub-Sahara Afrika wird Südafrika weiterhin versuchen eine herausgehobene Rolle zu spielen, wie z.B. die (erfolgreiche) Vermittlung im äthiopischen Bürgerkrieg zeigt. Im Zusammenhang mit der jüngst mit großer Euphorie geschaffenen afrikanischen-Freihandelszone (African Continental Free Trade Area) wird Südafrikas wirtschaftliches Schwergewicht allerdings eher misstrauisch gesehen.

5. Zukunft des ANC

a) Die führende Rolle des ANC erscheint für die unmittelbare Zukunft gesichert. *Cyril Ramaphosa* wurde als Parteipräsident wiedergewählt und hat damit den ersten Zugriff auf das Amt des Präsidenten Südafrikas im Frühjahr 2024. Aber bis dahin ist eine lange Zeit und seine Gegner aus dem *Zuma*-Lager werden nichts unversucht lassen, ihn unter Druck zu setzen und zum vorzeitigen Rücktritt bzw. zum Verzicht auf das Staats- und Parteiamt zu zwingen.

b) Es wird darauf ankommen, ob es *Ramaphosa* und der neuen Führungsspitze gelingt, den ANC bis 2024 grundlegend zu erneuern und den Menschen im Land überzeugend zu vermitteln, dass die „*People’s Party*“ die in sie seit vielen Jahrzehnten gesetzten Erwartungen erfüllen und die Probleme insbesondere der unterprivilegierten Bevölkerung lösen kann. Nur dann kann die Partei die breite Zustimmung bei der Wählerschaft erhalten bzw. nach den Verlusten bei der Kommunalwahl 2021 wieder gewinnen.

c) Es erscheint nicht völlig ausgeschlossen, dass es nach einer Spaltung des ANC und einem anschließenden Zusammengehen des *Zuma*-Flügels („*Radical Economic Transformation*“) mit der von *Julius Malema* gegründeten Partei der *Economic Freedom Fighters* und der kommunistischen Partei eine Links-Koalition anstrebt.

d) In jedem Fall – so sehen es die Beobachter – wird der ANC sich koalitionsfähig aufstellen müssen, ggf. auch für ein Zusammengehen mit konservativen oder solchen Parteien, die von Politikern angeführt werden, die aus dem ANC oder der *Democratic Alliance* ausgetreten sind. In manchen südafrikanischen Metropolen sind solche Koalitionen seit den letzten Kommunalwahlen einigermaßen stabil. In anderen sind sie mehr oder weniger rasch zerbrochen, vor allem weil die Protagonisten ihre Eigeninteressen über die gemeinsamen Ziele gestellt haben.

Die Perspektiven für *Cyril Ramaphosa* sind trotz seiner Wiederwahl mit deutlichem Abstand zu seinem Herausforderer alles andere als erfreulich. Es wird sich erweisen müssen, ob und ggfs. welche Zugeständnisse an den *RET*-Flügel er angesichts des Wahlergebnisses bei den anderen Spitzenämtern machen muss. Jedoch kann davon ausgegangen werden, dass er sich weiter darum bemühen wird, die Folgen von fast zehn Jahren *Zuma*-Herrschaft, allem voran der Korruption und des Nepotismus, aufzuarbeiten sowie die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen.

Dabei hat er letztlich die Wahl zwischen *Skylla* und *Charibdis*: Legt er den Schwerpunkt auf die Sanierung des Staates und seiner Finanzen, werden die Ausgaben für „*social delivery*“ begrenzt werden müssen und die Wahlchancen 2024 verringert. Versucht er die Regierung von personellen Altlasten aus der *Zuma*-Zeit zu entlasten und fallen dann die Wahlergebnisse für den ANC dennoch schlechter aus, wird ihm die Spaltung der Bewegung oder gar ihr Niedergang angelastet.

Die kommenden rund 15 Monate bis zu den Parlamentswahlen im Frühjahr 2024 werden also für das Land von ausschlaggebender Bedeutung sein. Bleibt zu hoffen, dass die Bemühungen von Wirtschaftsvertretern und aus der Zivilgesellschaft, zu einer Stabilisierung auch für den wahrscheinlichen Fall eines Niedergangs des ANC beizutragen, Wirkung zeigen.

Hans-Werner Bussmann

In eigener Sache

Für die aktive und verantwortliche Mitwirkung bei der künftigen Herausgabe unseres Newsletters suchen wir noch Interessierte, die Freude an der Beobachtung der Entwicklung Südafrikas und an der Berichterstattung oder/und an der redaktionellen Bearbeitung und Gestaltung unseres DeSaFor-„*Flaggschiffes*“ haben.

Wenn Sie sich informieren wollen, wenden Sie sich bitte per mail an den Vorsitzenden **Hans-Werner Bussmann** (vorsitz@desafor.de) oder den Stellvertretenden Vorsitzenden, **Peter Conze** (peter.conze@hotmail.de).
Der Vorstand von DeSaFor

Kampf gegen Korruption und State Capture in Südafrika Was wurde bisher erreicht?



Als Cyril Ramaphosa im Dezember 2017 zum ANC-Vorsitzenden gewählt, dann im Februar 2018 zum amtierenden Präsidenten und schließlich nach den Parlamentswahlen im Mai 2019 für eine erste reguläre Amtszeit als Präsident bestätigt wurde, fand er ein von wirtschaftlichen Schwierigkeiten, hoher Jugendarbeitslosigkeit, sozialen Spannungen, aber auch von hoher Korruption gekennzeichnetes Land vor. Bereits in seiner ersten *State of the Nation Address* sprach er das Thema Korruption nachdrücklich an und machte es zu einem wichtigen Thema seiner Präsidentschaft.

Bericht der Zondo-Kommission als Grundlage

Die für die spätere aktive Korruptionsbekämpfung entscheidende Weichenstellung war zu diesem Zeitpunkt bereits erfolgt. 2016 hatte Ms Tuli Madonsela als *Public Protector* Südafrikas (Funktion ähnlich einem nationalen *Ombudsmann*) in einer Reihe von Fällen Amtsmissbrauch, Korruption und Unterschlagung staatlicher Gelder kritisiert und weitere Untersuchungen verlangt. Präsident Jacob Zuma wurde persönlich beschuldigt, mit Steuergeldern unter anderem den Bau eines Schwimmbades auf seinem persönlichen Besitz in Nkandla in Kwazulu Natal finanziert zu haben. Zuma versuchte vergeblich, die Veröffentlichung des Berichts und weitere Untersuchungen zu verhindern, unterlag aber damit bei dem südafrikanischen *High Court* in

Pretoria, der die Regierung verpflichtete, den Hinweisen nachzugehen.

Die daraufhin im Januar 2018 noch unter Präsident Zuma eingesetzte *Zondo-Commission*, benannt nach ihrem Vorsitzenden Raymond Zondo, dem damaligen Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofes und jetzigem Obersten Richter Südafrikas, deckte auf, was in der politischen Diskussion als *State Capture*, die *Ver-einnahmung des Staates*, bezeichnet wird. Der Bericht macht deutlich, wie der damalige Präsident Zuma und der ANC im Rahmen des auch von Cyril Ramaphosa nach wie vor verteidigten „*Cadre Deployment*“ wichtige Positionen in Staatsunternehmen und staatlichen Strukturen auf der nationalen, der Provinz und der lokalen Ebene mit Vertrauensleuten aus der Partei besetzt und damit ein Netzwerk aufgebaut hatten, das in erster Linie der Machterhaltung und in vielen Fällen der persönlichen Bereicherung diene.



Der sechsteilige Bericht der Sonderkommission ist die Grundlage für den Kampf gegen *State Capture* ([hier](#)). Er ist ein beeindruckendes Zeichen für die Professionalität und die Unabhängigkeit der südafrikanischen Justiz und für eine nach wie vor stabile demokratische Gewaltenteilung.

Die Rolle des ANC

Die *Zondo-Commission* hat dargelegt, welche wichtige Rolle der ANC bei *State Capture* gespielt hat. Sie stellt fest: „Die logische Schlussfolgerung ist, dass die dominierende politische Fraktion - der ANC - unter Präsident Zuma in dieser Zeit Korruption und *State Capture* zugelassen, unterstützt und ermöglicht hat.“

Diese Strukturen des ANC bestanden natürlich auch nach der Wahl von Ramaphosa weiter und es gab keinerlei Interesse an der Aufarbeitung der Vergangenheit. Ramaphosa hatte die Wahl zum Vorsitzenden des ANC nur mit sehr knapper Mehrheit gewonnen, auch indem er persönliche Kompromisse mit dem Zuma-Lager eingehen musste. So war der Generalsekretär des ANC, Ace Magashule, Teil dieses Zuma-Lagers in eine Reihe von Korruptionsskandalen verwickelt. Um handlungsfähig zu sein und auch die Glaubwürdigkeit des ANC wiederherzustellen, musste sich Ramaphosa gegen Personen der Vergangenheit durchsetzen. Ein Kräftemessen gab es bei der Frage, ob ANC-Kader, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt oder Anklage erhebt, ihre Ämter ruhen lassen müssen, solange die Anschuldigungen nicht geklärt sind. Bereits 2017 hatte der ANC entschieden, dass Parteimitglieder sich bei Ermittlungen binnen 30 Tagen ihre Partei- und Regierungsämter ruhen lassen müssen. Seit November 2020 wurde gegen Magashule ermittelt. Die Lage spitzte sich zu. Eine Auseinandersetzung zwischen Zuma und dem Zuma nahestehenden RET-Flügel (*Radical Economic Transformation*) und den Reformkräften begann. Das Zuma Lager drohte mit einem Generalstreik sowie der Abspaltung und der Gründung einer eigenen Partei. Erst im Mai 2021 wurde Magashule aufgrund der Ermittlungen gegen ihn vom ANC tatsächlich suspendiert - ein wichtiger Erfolg für Ramaphosa und ein Schritt zur Wiedererlangung der Glaubwürdigkeit des ANC.

Die Gupta Familie - Inbegriff für State Capture

Für *State Capture* in Südafrika in der Zuma-Ära spielt die aus Indien stammende *Gupta Familie* eine große Rolle. Sowohl Präsident Zuma als auch der Generalsekretär Magashule verfügten über enge Verbindungen zu der Familie, von denen sie in unterschiedlichster Weise finanziell profitierten.

Insbesondere durch ihre Beziehung zu Präsident Zuma beeinflusste die Familie politische Entscheidungen in Südafrika, bis hin zur Auswahl von Ministern, zu ihrem und Zumas finanziellem Vorteil. Der frühere Gewerkschaftler und Antikorruptionskämpfer *Zwelinzima Vavi* bezeichnete bereits in 2015 die *Guptas* als ein „*Shadow Government*“. Mehrere Parlamentsmitglieder haben bezeugt, dass ihnen Regierungspositionen durch die *Gupta Familie* angeboten wurden, um im Gegenzug nach ihrer Ernennung wirtschaftliche Entscheidungen zugunsten der Familie zu treffen. Diese Beziehungen waren in Südafrika allgemein bekannt. Nach Übernahme der Präsidentschaft durch Präsident Ra-



maphosa verließ die Familie Südafrika in Richtung Dubai.

Dort wurden im Juni zwei der mit internationalem Haftbefehl gesuchten Gupta Brüder verhaftet und warten auf ihre Auslieferung - ein wichtiger symbolischer, aber auch tatsächlicher Erfolg im Kampf gegen *State Capture*. Mehrere Versuche der Inhaftierten, gegen Kautionsfreilassung zu werden, blieben bisher erfolglos.

Die Aktivitäten der National Prosecuting Agency (NPA)

Bei der Bekämpfung von Korruption in Südafrika kommt der *National Prosecuting Agency (NPA)* eine Schlüsselrolle zu. Im Mai dieses Jahres hatte der Chef der NPA im Parlament zugesagt, bis September neun „*high profile*“ Fälle vor Gericht zu bringen. Dies ist inzwischen geschehen. Bei einem der Fälle handelt es sich um Korruption bei *Transnet*, dem staatlichen Transport- und Logistikunternehmen, in einem weiteren



steht die staatliche Elektrizitätsgesellschaft ESCOM im Mittelpunkt.

Diese neun Fälle sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Nach Aussagen von Präsident Ramaphosa in seiner Stellungnahme zu den Berichten der *Zondo-Kommission* hat die NPA insgesamt bereits 26 Fälle aufgenommen, 89 Ermittlungen eingeleitet und 165 Anklagen wegen mutmaßlicher Straftaten erhoben.

Strafverfolgungs- und Steuerbehörden hätten überdies Anordnungen zur Sicherstellung bzw. Beschlagnahmung von Vermögen im Wert von R12,89 Milliarden erlassen, R2,9 Milliarden eingezogen und den geschädigten Einrichtungen erstattet sowie R4,9 Milliarden an hinterzogenen Steuern eingetrieben.

Anfang Dezember konnte die NPA einen weiteren Erfolg melden. Der Schweizer Energie- und Automatisierungstechnik-Konzern ABB Ltd akzeptierte eine Strafzahlung in Höhe von R2,5 Mrd. für nachgewiesene Bestechungszahlungen im Zusammenhang mit einem Auftrag zur Modernisierung des Kusile Kraftwerks im Jahr 2015 im Umfang von R2,2 Mrd.. Die jetzige Zahlung erfolgt an den Criminal Asset Recovery Account. Bereits 2020 hatte ABB Ltd. Schadenersatz in Höhe von R1,6 Mrd an ESKOM leisten müssen.

Südafrika scheint bei der Aufarbeitung der *State Capture* Fälle jetzt auf dem richtigen Weg, vorausgesetzt der politische Druck bleibt dafür bestehen. Allein die von der *Zondo-Kommission* aufgelisteten Fälle dürften südafrikanische Gerichte noch eine Weile beschäftigen.

Peter Conze

Phala Phala

Die Büffel, der Präsident und Südafrika



Der afrikanische Büffel ist ein mächtiges Tier. Viele Herden bestehen nur aus älteren Männern. Sie

haben eine Demokratie, bei der die Mehrheit durch entsprechende Drehung des Kopfes bestimmt, wohin die Reise geht. Sie können durchaus aggressiv sein, schützen sich aber gegenseitig und vor allem kranke und ältere Herdenmitglieder vor Angriffen von Raubtieren (Quelle: [hier](#)).

Dem Vernehmen nach mag *Cyril Ramaphosa* afrikanische Büffel sehr. Nicht verwunderlich, dass der aus seinem früheren Leben als Geschäftsmann zu Wohlstand gekommene Präsident auf seiner *Phala Phala Game Farm* in Limpopo afrikanische Büffel züchtet und verkauft.

Der Handel mit Tieren wird nicht nur in Südafrika traditionell mit Handschlag und Bargeld abgewickelt. So geschehen auch beim Verkauf von Büffeln an einen sudanesischen Käufer Ende 2019. Er habe, so erklärte er kürzlich, dem Farmmanager 580.000 US\$ in bar gegeben – gegen Quit-tung.

Für den Manager, so die Geschichte weiter, schien der Tresor im Haus kein sicherer Aufbewahrungsort zu sein. Deshalb verbarg er das

Bargeld in Möbelpolstern. Sein Pech: Das ungewöhnliche Versteck wurde von Farmangestellten verraten und entsprechend informierten Einbrechern gestohlen.

Nun hätte der geschädigte Farmeigentümer Anzeige bei der Polizei erstatten müssen. Als Präsident verfügt er jedoch über Sicherheitskräfte seines Personenschutzes, die er für besser geeignet hielt, die



Täter zu fassen und die Beute zurück zu holen, ohne dass dies weite Kreise zieht. Wie wir im Juni 2022 berichtet haben ([hier](#)) wurde das alles erst mehr als zwei Jahre später bekannt, als der ehemalige Geheimdienstchef *Arthur Fraser* seine Kenntnisse von diesem Fall am 6. Juni 2022 der Polizei unter Eid berichtet hatte ([hier](#)). Ein durchaus durchschaubarer Winkelzug des wegen seiner Verstrickungen rund um den ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma entlassenen späteren Chefs des Justizvollzugs, dem im ZONDO-Bericht ein eigenes Kapitel gewidmet ist.

Für den Präsidenten und Anwärter auf die Spitzenkandidatur des ANC für eine zweite Amtszeit wurde es danach ziemlich ungemütlich. Seine parteiinternen Gegner, denen er seit seinem Amtsantritt mit Regeln und Konsequenzen bei Korruption und Ämtermissbrauch das Leben schwer gemacht und dabei manche Karriere beendet hatte, witterten eine Gelegenheit, *Cyril Ramaphosa* zu schwächen oder ganz aus dem Rennen zu werfen.



Büffel geben aber so leicht nicht auf. Und so sagte der Büffelliebhaber Ramaphosa den Behörden seine

volle Kooperation bei der Aufklärung zu und stellte sich zudem der parteiinternen „*Integrity Commission*“. Stellungnahmen in der Öffentlichkeit vermied er jedoch. Die Opposition im Parlament sah ihre Stunde für einen gezielten Angriff auf den Präsidenten gekommen. Auf einen gemeinsamen Antrag der Oppositionsparteien berief Parlamentspräsidentin *Nosiviwe Mapisa-Nqakula* eine unabhängige Untersuchungskommission unter dem Vorsitz des ehemaligen Obersten Richters *Sandile Ngcobo* (bis 2011). Ihr Auftrag: Überprüfung, ob der Sachverhalt Anlass und Gründe für eine Amtsenthebung des Präsidenten nach *Artikel 89 der südafrikanischen Verfassung* biete. Ende November, nur etwas mehr als zwei Wochen vor dem

entscheidenden ANC-Nationalkongress (16.-20.12.2022), übergab die „*Section 89-Commission*“ ihren Bericht.

Darin wird zwar nicht ausdrücklich die Einleitung eines Amtsenthebungsverfahrens empfohlen, jedoch folgert das Gremium, dass sich der Präsident zu verantworten habe, weil die Möglichkeit bestehe, dass er

- durch nicht angemessene Geschäftstätigkeit neben seinem Amt gegen die Verfassung verstoßen habe,
- gegen das Gesetz zur Korruptionsverhinderung verstoßen habe, weil er den Diebstahl des Geldes nicht angezeigt habe,
- ein mit seinem Amt nicht zu vereinbarendes Fehlverhalten begangen habe.

Der hohe Zeitdruck vor dem ANC-Kongress und die Spekulationen über einen möglichen Beschluss des Parlaments, den Kommissionsbericht anzunehmen und ein Amtsenthebungsverfahren vorzubereiten, haben in den letzten Wochen die innenpolitische Diskussion in Südafrika bestimmt.

Der Präsident dachte wohl nur kurz über einen Rücktritt nach, ließ sich dann aber überzeugen, im Amt zu bleiben. Er entschloss sich, die Legitimität des Kommissionsberichts vor dem Obersten Gericht anzufechten und so das laufende Parlamentsverfahren aus „rechtlichen Gründen“ offen zu halten.

Parallel heizte sich die öffentliche Debatte auf. Niemand Geringere als *Thuli Madonsela*, die international hochgeschätzte Public Protector von 2009 bis 2016, sprang dem Präsidenten zur Seite. Sie stellte die Rechtmäßigkeit der Anschuldigungen und die Schlussfolgerungen der Kommission in Frage ([hier](#)). So sei das dort herangezogene *Gesetz zur Verhinderung und Bekämpfung von Korruption (PRECCA)* in dem Fall gar nicht anwendbar. Der Präsident habe es zwar versäumt, den Verlust eigenen Geldes offiziell zu melden. Er sei aber keineswegs beschuldigt worden, das Geld im Rahmen von Korruption erhalten zu haben. Zudem seien Sicherheitsbeamte des Präsidenten zugleich auch

Polizeibeamte und als solche vom Präsidenten informiert worden.

Am Ende eines Sitzungsmarathons rief das *National Executive Committee (NEC)* die Abgeordneten des ANC dazu auf, den Präsidenten geschlossen zu unterstützen und den Bericht zurückzuweisen.



So kam es schließlich am

13.12.2022 und nur drei Tage vor Beginn der Nationalkonferenz in einer eigens dafür anberaumten Sondersitzung zur Abstimmung, ob das Parlament den Bericht der „*Section 89-Commission*“ annimmt oder zurückweist. Die Parlamentspräsidentin *Mapisa-Nqakula* ordnete eine namentliche öffentliche Abstimmung an, nachdem sie den Antrag der Opposition auf geheime Abstimmung abgelehnt hatte.

Das Ergebnis war eindeutig: Die Opposition stimmte in seltener Einigkeit mit 148 Stimmen (darunter vier aus den Reihen des ANC) für die Annahme des Berichts, die Mehrheit der ANC-Fraktion jedoch mit 214 Stimmen für dessen Zurückweisung. Zwei Abgeordnete enthielten sich und 36 Abgeordnete waren abwesend – darunter der Präsident, aber auch seine besondere Kritikerin *Lindiwe Sisulu* und sein Herausforderer *Zweli Mkhize* ([hier](#)).

Ramaphosa ist noch einmal davongekommen und hat die Voraussetzungen für seine zweite Präsidentschaft gewahrt.

Viele Beobachter sagen, dass dies, obwohl *Phala Phala* Anlass zu Zweifeln an der persönlichen Integrität *Cyril Ramaphosas* begründe, am Ende eine gute und richtige Entscheidung für Südafrika war, weil er das Land in die richtige Richtung führen könne und derzeit als Beschützer und Kämpfer für die Menschen am Kap alternativlos sei. Allerdings darf man wohl annehmen, dass *Phala Phala* seinen Eigentümer ein gutes Stück seiner Reputation und Autorität als Präsident gekostet hat.

Just Energy Transition –

Vision für ein karbonfreies Südafrika und ein Elefant im Raum

Im Rahmen der COP 26 (26. Conference of the Parties of the UN Framework Convention on Climate Change) hatten sich im November 2021 in Glasgow unter Federführung Großbritanniens die USA, Frankreich, Deutschland und die EU mit Südafrika auf ein „Just Energy Transition“-Programm für das Land am Kap verständigt.

Ziel dieser „ehrgeizigen Partnerschaft“, so die Vertragsparteien, sei die „Unterstützung Südafrikas auf dem Weg zu einer emissionsarmen und klimaresistenten Entwicklung, zur Beschleunigung des gerechten Übergangs und der Dekarbonisierung des Elektrizitätssystems sowie zur Entwicklung neuer wirtschaftlicher Möglichkeiten wie grüner Wasserstoff, Elektromobilität und andere Maßnahmen des Übergangs“.

Die International Partner Group (IPG) sagte Südafrika dafür eine (Mit-)Finanzierung in Höhe von 8,5 Milliarden US\$ zu – allerdings weit überwiegend als Kredite für das ohnehin hoch verschuldete Land.

Südafrika sieht sich als Vorreiter für ähnliche Abkommen, die derzeit zwischen den G 7-Staaten auch mit anderen Ländern verhandelt werden (u.a. Indonesien, Indien, Senegal, Vietnam).



Nach einem Jahr intensiver Planungen und Abstimmungen hat die Regierung Südafrikas zur COP 27 im November dieses Jahres

im ägyptischen Sharm el-Sheikh ihre „Hausaufgaben“ gemacht.

Knapp vor Beginn der Konferenz legte die Regierung ihren „Just Energy Transition Investment Plan 2023-2027“ ([hier](#)) vor.

“First we’ll make a plan...”

Diese in Südafrika gern genutzte Ankündigung angesichts von Herausforderungen gilt auch für die „gerechte Energiewende“. Und es ist – welchen Kenner Südafrika wundert es – mit seinen 216 Seiten einmal mehr ein gelungener und überzeugender Plan. Er enthält eine umfassende Problemanalyse, beschreibt die Ziele und Wege zu ihrer Überwindung und stellt – wohl eher ‚scheingenau‘ - den Finanzierungsbedarf für die Implementierung dar. Aber – wie so häufig – dürften die Probleme in den Details sowie in der Kapazität und Fähigkeit zur Umsetzung stecken.

Mit R1.480 Milliarden für den Zeitraum 2023 – 2025 sollen insgesamt vier Felder gefördert werden – Dekarbonisierung und Transformation der Elektrizitätsinfrastruktur und -versorgung (47,2 %), neue Antriebstechnologien im Mobilitätssektor (8,5 %), Herstellung von Grünem Wasserstoff (21,2 %) und – nicht zuletzt zur Erfüllung des Attributs „gerecht“ – die Kosten des Strukturwandels in den hauptsächlich betroffenen Provinzen Mpumalanga und Limpopo (21,3 %).

Die Mittel sollen zu rd. 10 % aus dem öffentlichen Haushalt und zu rd. 33 % vom Privatsektor bereitgestellt werden. Die von der IPG zugesagten 8,5 Milliarden US\$ (ca. R128 Mrd.) tragen rd. 8,6% des Finanzbedarfs bei. So bleibt für die nächsten fünf Jahre eine Finanzierungslücke von rd. R700 Mrd.

Der weitaus größte Anteil der Finanzierung betrifft den Ausbau der Infrastruktur für die karbonfreie Elektrizitätsversorgung, dort soll auch der größte Teil (6,9 Mrd US\$) der IPG-Mittel investiert werden.

“then we need to implement it...”

Für die Implementierung sieht der Plan eine starke Rolle der Regierung für die Steuerung, Koordinierung und Bewirtschaftung der bereitgestellten Mittel vor. Dazu sollen bei den für die Implementierung verantwortlichen Regierungsinstitutionen neue Strukturen, Regeln und Kontrollmechanismen eingeführt werden. So sollen die Implementierungsmaßnahmen transparent gemacht und Missbrauch und Korruption ausgeschlossen werden. Ein engmaschiges Projekt-Monitoring und ein effektives Risikomanagement sollen die erfolgreiche Implementierung innerhalb des Zeit- und Finanzrahmens sicherstellen.

Es bleibt zu hoffen, dass diese Absichten auch Realität werden – Zweifel sind aufgrund von Erfahrungen mit derart ehrgeizigen und komplexen Projektzielen wohl durchaus erlaubt – und diese Einschätzung bezieht sich definitiv nicht nur auf Erfahrungen in Südafrika.....

Strukturwandel gelingt nur mit und nicht gegen betroffene Menschen

Im September 2022 hat „Powershift Africa“ in Zusammenarbeit mit German-Watch die Vorbereitungsarbeiten der südafrikanischen Regierung aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für den Klimaschutz engagieren, grundsätzlich positiv bewertet ([hier](#)).

Allerdings wurde kritisiert, dass bislang die Zivilgesellschaft in keiner der für das Gesamtprogramm und einzelne Felder gebildeten Arbeitsstrukturen vertreten sei und deren Zusammensetzung durch die Regierung nicht transparent gemacht wurde.

Die Nichtregierungsorganisationen nehmen für sich in Anspruch, die Ideen und Ziele einer Transformation in eine karbonfreie Zukunft schon länger vertreten und entsprechende Expertise angesammelt zu haben. Sie seien bereit und in der Lage, diese in den jetzigen Prozess einzubringen, fordern jedoch

- frühzeitige Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Gestaltung der Partnerschaften und die Planung der Umsetzung
- Einrichtung einer Plattform mit verschiedenen Interessengruppen als Raum für Engagement und Kontinuität
- regelmäßige und transparente Informationen für die Öffentlichkeit
- Förderung der Bewusstseinsbildung für notwendige Transformation
- Einbindung aller betroffenen Ebenen der Gesellschaft in den Prozess.

Diese Forderungen dürften Regierung und ANC vor neue Herausforderungen stellen, denn bislang sah die „People’s Party“ keinen Anlass, andere als die eigene Bewegung als legitimierte Interessenvertretungen für die Menschen in Südafrikas anzuerkennen.

...but there is an elephant in the room“



Mit diesem geflügelten Wort deuten Südafrikaner gern auf ein ernstes ungelöstes Problem hin, von dem man zwar alle wissen, aber über das keiner offen spricht.

Ein solcher „Elefant“ steckt auch in den ehrgeizigen Plänen des JETP. Dabei sind ein „blauer Himmel über dem Highveld“, eine stabile Elektrizitätsversorgung ohne „load shedding“ oder die Zahl der durch die Produktion von Grünem Wasserstoff entstehenden Arbeitsplätze durchaus verlockende Visionen, deren Realisierung alle Anstrengungen wert sind.

Bei aller Euphorie sollten wir unsere gerade so häufig wiederholten Vorsätze, unseren Partnern „besser zuhören zu wollen“ nicht aus den Augen verlieren. Das von Förderzusagen begleitete Drängen des Nordens, auf vorhandene fossile Energien zu verzichten, so äußerte sich kürzlich eine namibische Gesprächspartnerin, könne durchaus als eine neue

kolonialistisch geprägte Politik verstanden werden.

Dabei liege die Hauptverantwortung für die verheerende Emissionsmenge bei den Industriestaaten. Sie seien nun aber unterwegs, um die „besonderen Bedingungen“ im Süden für die Herstellung grünen Wasserstoffs zu nutzen, den sie bei ihrer Energietransformation dringend benötigen. Die Wirkungen auf die Entwicklung dieser Länder spiele dabei nur vordergründig eine Rolle.

Mit ähnlicher Tendenz argumentiert *Ron Derby*, Chefredakteur des durchaus nicht als radikal geltenden *Mail&Guardian* wenn er schreibt: *„Während Männer und Frauen in schicken Anzügen aus Europa ...erheblichen Druck auf die Regierung ausüben, um die Kohlenstoffemissionen zu reduzieren und die Klimakrise durch so edle Unternehmungen wie den gerechten Übergang abzumildern, wird den sozialen Kosten nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt.“*

Jeder sei froh, wenn die alten und maroden Kohlekraftwerke „in den Ruhestand“ geschickt würden. Allerdings gebe es eine begründete Sorge, dass die Protagonisten des JETP *„wenig Appetit auf eine Lösung (haben), die die sozioökonomischen Bedingungen (eines Strukturwandels) einbezieht, unabhängig davon, was die Proteste im Juli 2021 ankündigten“.*

In eigener Sache

Herzlichen Dank an alle, die mich in der Redaktion des Newsletters seit 2019 aktiv unterstützt haben – durch Informationen, Material, Beiträge sowie kritische und ermutigende Rückmeldungen. Vor einigen Monaten habe ich dem Vorstand den Vorschlag gemacht, die Redaktion nach 30 von mir verantworteten Ausgaben in andere Hände zu geben. Das geschieht jetzt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit der neuen Redaktion und auf Ihr anhaltendes Interesse an unserer Arbeit.

Wer interessiert ist, an der künftigen Herausgabe des Newsletters aktiv mitzuwirken, möge sich per mail an den Vorsitzenden Hans-Werner Bussmann (vorsitz@desafor.de) oder den Stellvertretenden Vorsitzenden, Peter Conze (peter.conze@hotmail.de) wenden.

Es bedürfe eines überzeugenden Konzepts, wie ein transformierter Energiesektor nicht nur die Schwächen des bisherigen Systems ausgleichen, sondern auch die notwendige Industrialisierung fördert, ohne dass die Kosten des Strukturwandels zu höheren Staatsausgaben und Verschuldung mit verheerenden Folgen für Südafrika auf den Finanzmärkten führt.

Auch wenn man *Derby’s* Schlussfolgerung und Lösungsoption des Ausbaus „karbonfreier“ Atomenergie auf dem afrikanischen Kontinent nicht folgen will, sind seine Hinweise zu den unerwünschten Wirkungen eines unzureichend durchdachten JETP nicht von der Hand zu weisen.

Insbesondere mit Blick auf die große Finanzierungslücke bei der Umsetzung des JETP ist die Sorge nicht unbegründet, dass fehlende Mittel wohl hauptsächlich zu Lasten der „weichen Maßnahmen“ des Transformationsprozesses – Ausbildung, Umschulungen, Hilfen für die betroffenen Kommunen – gehen dürften.

Es ist an der Zeit, sich um den Elefanten im Raum zu kümmern, bevor er entdeckt, dass es da eine Menge Porzellan zu zertrümmern gibt.

Dazu gehört, den Menschen in Südafrika zu erklären, warum die EU Südafrika zum raschen Ausstieg aus der Kohle drängt, zugleich aber 2022 ihre Kohleimporte aus dem Land um 586 % gesteigert hat.

Die IPG sollte bei der gemeinsamen Umsetzung des JETP mit Südafrika jedenfalls sicherstellen, dass den Auswirkungen des von ihnen geförderten Strukturwandels dieselbe Aufmerksamkeit zuteilwird, wie den technologischen Ergebnissen, die ja nicht zuletzt aus elementaren Eigeninteressen des Nordens so forciert werden.

Der von *MdB Dr. Georg Kippels* angelegte Austausch südafrikanischer Kommunen im Strukturwandel mit deutschen Kommunen, die Erfahrungen mit solchen Prozessen haben (s. Seite 12), sollte deshalb Teil der deutsch-südafrikanischen Zusammenarbeit in diesem Programm sein.

Klaus Brückner

Südafrika im Fokus der deutschen Wirtschaft

Wirtschaftsminister Robert Habeck im südlichen Afrika

Der Krieg in der Ukraine und die – nicht nur dadurch verursachte – Energiekrise macht es möglich: Afrika, insbesondere das südliche Afrika rückt in den Fokus der Aufmerksamkeit der deutschen Politik.

In der ersten Dezemberwoche besuchte Bundeswirtschaftsminister *Robert Habeck* Namibia und Südafrika. Zentrales Thema der Reise war die angestrebte Energiekooperation zwischen Deutschland und dem südlichen Afrika vor allem mit Blick auf die Produktion von „grünem Wasserstoff“. Der Minister informierte sich in Südafrika aber auch zum Stand der Forschung im Gesundheitsbereich, bei der Medizintechnik und der Digitalwirtschaft im Land am Kap.

Habeck setzte zudem wichtige und bei den Partnern gut aufgenommene politische Zeichen: In Windhoek besuchte er das Mahnmal für die von deutschen Kolonialtruppen Anfang des 20. Jahrhunderts ermordeten *Herero* und *Nama* und in Johannesburg das *Apartheid-Museum*.

Der Minister versuchte bei seinem Besuch im südlichen Afrika den Eindruck zu zerstreuen, Deutschland beteilige sich vor allem deshalb an dem internationalen *Just Energy Transition Programm (JETP)* – s. Artikel auf S. 8, 9 – und an Fördermaßnahmen zur Steigerung der Produktion von „grüner Wasserstoff“, um vor allem die eigenen Energieprobleme zu lösen.

Deutschland, so *Habeck*, werde nicht dem Beispiel des chinesischen Imperialismus in der Kooperation mit Afrika folgen, sondern strebe „echte Partnerschaften“ an.

Es müsse zunächst darum gehen, die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen und die Bedürfnisse der Menschen in den Produktionsländern zu berücksichtigen.

Wenn „dann über Bedarf produziert wird, können und wollen wir auch in Europa und Deutschland davon profitieren“.

Und der Minister wäre nicht zugleich auch der Philosoph *Robert Habeck*, wenn er den stirnrunzelnd reagierenden Teilnehmern seiner Wirtschaftsdelegation nicht erläutert hätte, dass so zu handeln, ein „*ethischer Imperativ*“ sei.

Ob er damit allerdings den besonderen Interessen der deutschen Industrie an einer beschleunigten Versorgung mit „grünem Wasserstoff“ gerecht wird und zugleich bei den afrikanischen Partnern die zunehmend lauter geäußerte Besorgnis zerstreut hat, dass die internationale Unterstützung zur Dekarbonisierung und Ausweitung der erneuerbaren Energien nicht doch zuvorderst einmal mehr auf eine Ausbeutung afrikanischer Ressourcen durch die Industrieländer hinausläuft, ist bislang nicht überliefert.



*Habeck*s persönliches Bemühen, die Sorgen vor einem neuen Kolonialverhalten des Nordens im globalen Süden zu zerstreuen, ist jedenfalls in der namibischen und der südafrikanischen Presse wahrgenommen und gewürdigt worden.

Der „4. German-African-Business-Summit“ war für ihn eine gute Gelegenheit, nicht nur das Interesse der deutschen Politik und Wirtschaft am dynamisch wachsenden „Chancenkontinent Afrika“, sondern auch die besonderen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Südafrika hervorzuheben: 400 deutsche Unternehmen, die in Südafrika tätig sind, beschäftigen rd. 65.000 Arbeitnehmer und haben

2021 rd. 1,6 Milliarden Euro investiert; das Handelsvolumen betrug 2021 bei den Ausfuhren nach Südafrika rd. 8 Mrd. € (+ 22% ggü. 2020) rd. 12,3 Mrd. € (+ 44 %) bei den Einfuhren aus Südafrika (Quelle: [hier](#)).

Habeck sicherte zu, dass das Instrument staatlicher Investitions Garantien mit Blick auf die Förderung deutscher Investitionen in Afrika, insbesondere auch in Südafrika, überarbeitet werden, was vom *Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft* sehr begrüßt wurde: „*Unsere Unternehmen benötigen für ein stärkeres Afrika-Engagement dringend bessere Garantien zu günstigen Konditionen und mit wenig bürokratischen Hürden.....Alles was dazu beiträgt, die Finanzierung von Handel und Investitionen auf dem afrikanischen Kontinent zu verbessern, wird es Unternehmen erleichtern, sich*

regional breiter aufzustellen und im Wettbewerb etwa mit China zu bestehen“ – so die Pressemitteilung des Afrika-Vereins vom 7.12.2022.

Der südafrikanische Handelsminister *Ebrahim Patel* ermunterte den deutschen Ministerkollegen und seine Delegation, beim „Handel mehr zu machen und viel ambitionierter“ zu sein.

Das besondere Interesse der deutschen Delegation lag in der

Suche nach Möglichkeiten, bisherige einseitige Abhängigkeiten bei wichtigen Rohstoffen zu diversifizieren, neue Lieferwege zu identifizieren und neue Märkte zu erschließen.

Die nach dreijähriger Pause von zahlreichen hochrangigen Vertreter*innen afrikanischer Staaten aus Politik und Wirtschaft gut besuchte 4. Deutsch-Afrikanische Investitionskonferenz in Johannesburg wurde insgesamt als Erfolg gewertet – auch wenn Präsident *Cyril Ramaphosa* entgegen ursprünglicher Planungen an der Veranstaltung nicht teilnehmen konnte.

Klaus Brückner

Ruth Weiss im Gespräch Enttäuschte Erwartung – vage Hoffnung



Die ausgesprochen rege und bestens informierte 98jährige Südafrika-Expertin und unermüdlische Menschenrechts- und Friedensaktivistin war am 26.10.22 unser

Gast bei der virtuellen Gesprächsreihe „Let's talk“. Sie äußerte sich enttäuscht vom Zustand und ein „bisschen hoffnungsvoll“ für die Zukunft Südafrikas.

Das Land bleibe deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück. Es gelinge nicht, ein ausreichendes wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Dies sei aber notwendig, um die große Arbeitslosigkeit – insbesondere in der jungen Generation – und die immens gewachsene Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden.

Ja, in der Post-Apartheid sei vieles erreicht worden einschließlich eines in Afrika beispielhaften Sozialsystems. Aber die Potenziale der Wirtschaft seien nicht für die Mehrheit genutzt bzw. geöffnet worden – trotz der Black Empowerment-Gesetzgebung. Die habe vielmehr die Entwicklung einer neuen politischen Elite begünstigt, die in weiten Teilen von Gier nach Reichtum, Vetternwirtschaft und Korruption durchsetzt sei.

Die konsequente Aufarbeitung der Zuma-Ära nach den Erkenntnissen der Zondo-Kommission sei dringend notwendig. Sie biete die Chance zu konkreten Reformen etwa im staatlichen Beschaffungswesen oder bei den Sicherheitsdiensten, mit denen sich der ANC als verantwortliche Regierungspartei von den Schatten der Vergangenheit befreien könne. Dessen zum Teil halbherzige Reaktionen auf die konkreten Forderungen zur Entlassung korrupter Amtsträger oder nach einem reformierten Wahlgesetz zur Stärkung des Parlaments ließen jedoch befürchten, dass die bisherige Mehrheitspartei besorgt sei, Einfluss und Macht zu verlieren.

So hänge vieles von den Parlamentswahlen 2024 und der Wahl des Präsidenten ab.

Ein Verlust der Regierungsmehrheit zwingen den ANC zu Koalitionen mit kleineren Partnern. Doch die Optionen dafür seien problematisch. Insbesondere müsse man befürchten, dass der „Radical Economic Transformation (RET)“-Flügel innerhalb des ANC eine Allianz mit der von Julius Malema gegründeten Partei „Economic Freedom Fighters“ anstrebe. Die Folge wäre wohl eine Radikalisierung der Politik insgesamt, aber vor allem der Wirtschaftspolitik, mit negativen Folgen für die ohnehin schwache Wirtschaft des Landes.

Ein bisschen, so Ruth Weiß, hoffe sie „auf einen echten Wandel“ und verbindet dieses Fünkchen Hoffnung ganz persönlich mit der erneuten Präsidentschaft von Cyril Ramaphosa. Angesichts der jüngsten Entwicklungen ist dies eine vage und vielleicht auch durchaus riskante Hoffnung.

Jedenfalls hat uns die „große alte Dame“ der Anti-Apartheids-Bewegung in diesem Gespräch mit ihrem ungebrochenen Engagement und profundem Wissen in höchstem Maße beeindruckt.

Klaus Brückner

Sabine Dall'Omo im Gespräch Vage Hoffnung – Realistische Erwartung



Sabine Dall'Omo, Chief Executive Officer für SIEMENS Southern and Eastern Africa, gab sich bei „Let's talk“ am 15.11.22 realistisch.

Die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft seien allerdings durchaus schwierig. Dazu gehöre auch der bereits seit der Mbeki-Ära aufgestaute massive Rückstand bei Infrastruktur-Investitionen. Die Zuma-Ära mit all ihren negativen Folgen, hätten zudem erhebliche Bremswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung gehabt.

Die Privatwirtschaft, insbesondere die ausländischen Unternehmen, „wollen saubere Geschäfte machen“. Deshalb gelte es nun, den Kampf gegen Korruption mit allen Kräften zu unterstützen.

Das liege auch im Interesse deutscher Investoren, deren Anteil an ausländischen Direktinvestitionen in Südafrika derzeit bei ca. 40 % liege.

Die Stimmung in Südafrika gegenüber Deutschland habe sich auch wieder verbessert. Die vorschnellen Abschottungsreaktion europäischer Staaten nach der Entdeckung der Omikron-Variante des Coronavirus durch südafrikanische Virologen hätten massive Irritationen und Verstimmungen ausgelöst.

Aus unternehmerischer Sicht habe sich Südafrika in den Krisen der letzten zwei Jahre als erstaunlich resilient erwiesen. Die Steuereinnahmen und die Rohstoffpreise steigen tendenziell und die Inflationsrate sei mit etwas mehr als 7 % zudem niedriger als in der EU. Zudem profitiere das Land derzeit von den Einnahmen aus der massiven Steigerung der Kohleexporte in die EU.

Südafrika gewinne aber auch an Attraktivität für die industrielle Herstellung von Massenprodukten wie z.B. Steckdosen, deren Frachtkosten von den bisherigen Herstellern in China um 700 % gestiegen seien. Zudem sei das Land auf dem Digitalmarkt mit einem derzeitigen Angebot von 139 Datenzentren und mit der Präsenz nahezu aller weltweit agierenden digitalen Anbieter ganz vorn dabei.

Neue Perspektiven ergäben sich für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Herstellung von „grünem Wasserstoff“. Auf diesem neuen Markt gebe es viel Einfluss von außen – auch von deutscher Seite. Aber auch Südafrika, SASOL oder der Platinbergbau, bei dem Wasserstoff als „by product“ anfallt, sei daran interessiert.

Insgesamt, so Sabine Dall'Omo bleibe sie optimistisch. Wenn die politische Lage am Ende stabil bleibe, werde Südafrika seine großen Potenziale und Stärken auch in Zukunft in Wert setzen.

Klaus Brückner

MdB Dr. Kippels im Gespräch - Delegation des Bundestags in Südafrika

Am 9.11.22 konnten 20 DeSaFor-Mitglieder auf Einladung von **Dr. Georg Kippels (CDU)** das Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages, das Gebäude zwischen Reichstag und Kanzleramt kennenlernen, in dem die Bundestagsausschüsse tagen.

Anlass für die Einladung war die Informationsreise von sieben Mitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung unter der Delegationsleitung von Dr. Kippels vom 12.-21.7.2022 nach Malawi und Südafrika.

Besonders beeindruckt zeigten sich Dr. Kippels und der ebenfalls teilnehmende **MdB Dr. Knut Gerschau (FDP)** von der Begegnung mit **Prof. Tulio de Oliveira**, Bioinformatiker und Mit-Entdecker des Omikron-Virus (s. Kasten „Afrika-Preis“). Den Abgeordneten sei deutlich geworden, dass afrikanische Wissenschaftler über große Erfahrungen im Umgang mit Pandemien verfügen und Forschung auf einem außerordentlich hohen Niveau betreiben. Deshalb sei angesichts zunehmender Risiken eine Verstärkung der Kooperationen bei Forschung, Entwicklung und Produktion von wirksamen Impfstoffen und Medikamenten dringend erforderlich.



Das gelte auch in der umstrittenen Frage der Freigabe von Patenten für Impfstoffe.

Wichtiger als die komplexe Frage der Freigabe von Patenten seien Kooperation und Arbeitsteilung etwa bei der dezentralisierten und ggf. auch mobilen Produktion und Verteilung „vor Ort“.

Die Delegation habe Gelegenheit gehabt, sich in zahlreichen Begegnungen und bei Projektbesuchen über die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung des Landes und die Rolle zivilgesellschaftlicher Initiativen zu informieren. Die Erkenntnisse daraus gäben sowohl Anlass zur Besorgnis,

zugleich seien aber auch viele Potenziale deutlich geworden, die Optimismus rechtfertigen.

Die „Just Energy Transition“ sei zu begrüßen und habe großes Entwicklungspotenzial für Südafrika. Allerdings dürften die rd. 90.000 vom Strukturwandel betroffenen Menschen in den Kohleregionen nicht

vergessen werden. Als Abgeordneter des vom Strukturwandel nach dem Kohleausstieg betroffenen Rhein-Erft-



Afrikapreis der Deutschen Afrikastiftung für Virenforscher aus dem südlichen Afrika



Am 25. November 2022 überreichte Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin den diesjährigen Afrikapreis der Deutschen Afrikastiftung an

Prof. Tulio de Oliveira, Südafrika, und Dr. Sikhulile Moyo, Botswana ([hier](#)).

Der Bundeskanzler würdigte die weltweit anerkannte Arbeit der beiden und dankte ihnen für die rasche und umfassende Information über ihre Entdeckung der sog. „Omikron-Variante“ des SARS-CoV-2-Virus. Ihre sofortige Warnung im November 2021 hatte in Europa zu einer sofortigen Einstellung aller Reiseverbindungen ins südliche Afrika und im südlichen Afrika geführt. Wegen der dadurch entstandenen immensen Schäden war es zu großen Irritationen und Verstimmungen geführt. Beide Wissenschaftler hoben hervor, dass es in der Bekämpfung von Pandemien ganz wesentlich auf ein dichtes Netzwerk von guten Forschungseinrichtungen und ein entsprechendes System für den schnellen Austausch von Daten ankomme. Dafür stünden sie persönlich und ihre Einrichtungen in Gaborone und Südafrika, die auch wesentliche Fortschritte in der Forschung zu HIV-AIDS verzeichnen.

Der Bundeskanzler betonte die Bedeutung einer europäisch-afrikanischen Zukunftspartnerschaft. Dafür gelte es, auf vielen Ebenen aktiv zu arbeiten. Die Themen lägen auf der Hand: Gesundheit und Forschung, Vielfalt und Sicherheit von Lieferketten, Nahrungsmittelversorgung, Energie- und Rohstoffsicherheit, aber auch neue Technologien wie die Produktion von grünem Wasserstoff und Perspektiven für junge Menschen durch Ausbildung und Austausch.

Die Zukunftspartnerschaft, so der Kanzler, sei ein großer Plan, dessen Erfolg von vielen Begegnungen und vom Austausch auf Augenhöhe auf staatlicher und gesellschaftlicher Ebene abhängt.

Kreises wisse er um die Sorgen und Konsequenzen für die Region und die betroffenen Menschen und Betriebe.

Das stelle vor allem die Kommunalpolitik vor Herausforderungen. Er spreche sich deshalb für eine gezielte Förderung des Austauschs von Erfahrungen in Transformationsprozessen auf kommunaler Ebene aus. Dies ermögliche auch die Begegnung von Menschen beider Länder und sei eine gute Maßnahme für die Vertiefung der Beziehungen.

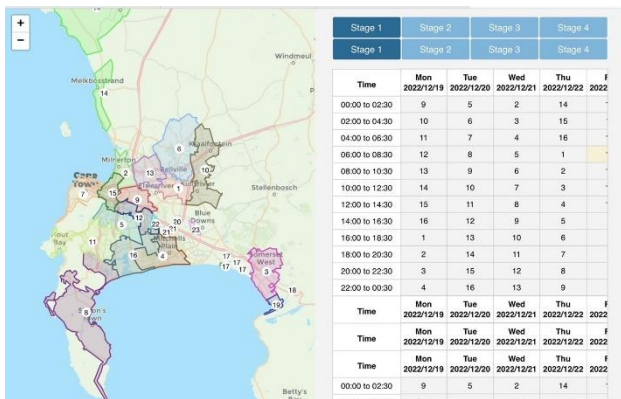
Die anschließende Diskussion machte deutlich, dass direkte Begegnungen zwischen Menschen beider Länder – ob in verantwortlichen Funktionen oder als interessierte Bürger*innen – wichtig sind, um die jeweils anderen Interessen zu verstehen.

Dr. Kippels fasste dies mit dem Appell zusammen, dass Deutschland sich (auch) im Verhältnis zu Südafrika als „*Gesprächspartner verstehen und nicht besserwisserisch auftreten, sondern zuhören und andere Perspektiven ernst nehmen und respektieren sollte*“.

Klaus Brückner

Zurück in Südafrika Eindrücke von einer privaten Reise

Mein letzter längerer Aufenthalt in Südafrika liegt drei Jahre zurück. Letztes Jahr, fast genau zur gleichen Zeit musste die Reise am Abreisetag, dem 26.11.21 abgesagt werden, weil die Entdeckung und Bekanntmachung der Beta-Variante des COVID-Virus durch südafrikanische Forscher zur Streichung der Flugverbindungen von Europa nach Südafrika führten. Die Einreisebeschränkungen bestanden 281 Tage. Jetzt war die Einreise endlich möglich. Nach tristen, feucht-kalten Novembertagen in Berlin endlich zurück im südafrikanischen Sommer bei angenehmen 24° und leichter Bewölkung. Die Fahrt vom Flughafen nach Johannesburg wird zum ersten Aha-Erlebnis. Bedingt durch Stromabschaltungen auf der Strecke gibt es immer wieder auch an Straßenkreuzungen im Zentrum der Hauptstadt nicht funktionierende Ampeln.



Allgemein wird erwartet, dass die Verknappung der Stromversorgung sich im Frühjahr nächsten Jahres erst einmal verschärfen wird, bevor es dann hoffentlich besser wird und das *Load-Shedding*, das rotierende System der Stromabschaltungen hoffentlich in ein paar Jahren ausläuft. Immerhin zeigt die App von Eskom, die millionenfach auf den Mobiltelefonen installiert wurde, zuverlässig an, wann in

welchen Stadtteilen und Regionen für wie viele Stunden der Strom gekappt wird. Man kann sich also so gut es geht, darauf in den Privathaushalten und in der Industrie einstellen. Privilegiert sind die allerdings wenigen Haushalte, die sich die Installation von Akkugeräten leisten kann, die die Stromsperrern von bis zu 4 Stunden problemlos überbrücken. Immerhin kosten die Geräte, für die es inzwischen in einigen Landesteilen lange Lieferzeiten gibt, für einen drei Personenhaushalt ca. 2800 €. Auch der Markt für kleine Solaranlagen, die bei gutem Wetter zumindest den Grundbedarf von Privathaushalten abdecken, boomt. Ein Ende der Misere ist nicht vor 2027 zu erwarten, prognostiziert das neu ernannte Management von Eskom, dem allgemein Managementfähigkeit und Erfahrung zugebilligt wird, nachdem die alte Führungscrew, politisch ernannt und oft unfähig und korrumpiert, im Jahr 2020 abgelöst wurde.

Für einzelne Landesteile und Kommunen ist eine Verbesserung der Situation früher in Sicht, denn das Eskom-Monopol in der Stromversorgung wurde kürzlich beendet. Kommunale und private Energieversorger haben in Zukunft die Möglichkeit, mit Solar- und Windkraftanlagen ihren eigenen Strombedarf zu decken. Planungen zur Nutzung dieser Marktöffnungen sind in vollem Gang. Mit der Umsetzung ist schon in den nächsten Jahren zu rechnen. Viele stark frequentierte Straßen in Gauteng sind in miserablen Zustand. Das lässt sich an der Zahl der Schlaglöcher ausmachen, die sich ständig erhöht. Wer sich über diesen Zustand mokiert, sollte das marode System baufälliger Autobahnbrücken und den jämmerlichen Zustand vieler

städtischer Straßen und Landstraßen in Deutschland allerdings nicht verdrängen. Die Verschlechterung der öffentlichen Infrastruktur manifestiert sich noch drastischer bei den plötzlichen und nicht vorhersehbaren Ausfällen in der Wasserversorgung, mit denen fast alle Stadtteile der Hauptstadt zu kämpfen haben. Auch dies ist kein neues Phänomen, hat sich aber in den letzten Jahren verschärft. Wie Feuerwehreinheiten versuchen Facharbeiter im Wettlauf mit der Zeit, im wörtlichen Sinne des Wortes Löcher zu stopfen. Trotzdem dauert es oft bis zu drei Tage, bis die Wasserversorgung für einzelne Straßenzüge oder Wohnblocks wiederhergestellt werden kann. Was den ausländischen Besucher des Landes positiv überrascht bei all diesen Widrigkeiten ist der Pragmatismus und die Unaufgeregtheit, mit der die Südafrikaner mit dieser Situation umgehen und sie meistern. Nachbarschaftshilfe und Improvisation sind wichtige Elemente im täglichen Umgang mit diesem Problem. Vermutlich ist es doch kein Zufall, dass Südafrika schneller als von vielen Ökonomen erwartet, die brutalen wirtschaftlichen Folgen der COVID-Pandemie überwunden hat und für 2023 ein moderates Wirtschaftswachstum von 1,8% erwartet wird. In dieses Bild passt die Meldung, dass ein leichter Rückgang der deprimierenden Arbeitslosigkeit von 44,1% auf 43,1 % zu verzeichnen ist. Im Krüger Park sind die Besucherzahlen Ende November noch weit von der Vor-COVID Zeit entfernt. Die Zahl südafrikanischer Touristen scheint das Niveau früherer Zeiten zu erreichen. Wegen der schwierigen wirtschaftlichen Situation verbringen viele Südafrikaner ihren Weihnachtsurlaub im Land anstatt international zu reisen. Es fehlen aber noch viele ausländische Besucher und ihre Devisen. Immerhin sind im Krüger Park zur Weihnachtszeit die Hotels und Lodges ausgebucht. **Jürgen Koch**